



peace brigades international



# pbi Rundbrief

Sommer 2016



In dieser Ausgabe

ISSN 1619-2621

Im **Interview** berichten zwei langjährig Aktive über die Entwicklungen von pbi in den vergangenen 25 Jahren

**Bericht:** Guatemalas Justizsystem zwischen Gerechtigkeit und Straflosigkeit





## Liebe\_r Leser\_in,

1981 wurde unter dem Eindruck der Niederschlagung der Solidarnosc-Bewegung in Polen, dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und der drohenden Invasion der USA in Nicaragua peace brigades international gegründet. In den folgenden Jahren engagierten sich auch in Deutschland Menschen für den Schutz von Aktivist\_innen in El Salvador und Guatemala, 1991 wurde schließlich der Deutsche Zweig von pbi offiziell gegründet. In den vergangenen 25 Jahren unterstützte pbi Deutschland Menschenrechtsverteidiger\_innen in zwölf Ländern auf fünf Kontinenten. „In 25 Jahren hat sich pbi stark verändert, ist sich aber gleichzeitig treu geblieben“, erinnert sich Astrid Hake, ehemalige Koordinatorin in der Hamburger Geschäftsstelle. Lesen Sie mehr über die Anfänge und Entwicklung von pbi im Interview mit ihr und Heinke Wendt, langjährige Aktive von pbi in Deutschland (ab Seite 4).

Ein Thema, welches pbi schon seit den Anfängen beschäftigt, betrachten wir auch in diesem Rundbrief: die Auswirkungen von wirtschaftlichen Interessen auf die Menschenrechte. Berta Cáceres aus Honduras hat sich für die Rechte von Indígenas eingesetzt und wurde Anfang des Jahres für

ihr Engagement ermordet. Gemeinsam mit weiteren Umwelt- und Menschenrechtsaktivist\_innen hatte sie sich gegen den Bau eines Staudamms gewehrt, welcher den Wasserzugang der Lenca-Gemeinden und ihre Landrechte beschneiden würde (ab Seite 8).

Auch in Guatemala sind Menschen, die sich für den Schutz natürlicher Ressourcen einsetzen, besonders bedroht. Zwar gab es jüngst zwei wichtige Urteile wegen Verbrechen aus der Zeit des Bürgerkriegs. Wo wirtschaftliche Interessen ins Spiel kommen und der friedliche Einsatz von Menschenrechtsverteidiger\_innen politischen Interessen zuwiderläuft, verbleiben jedoch viele Verbrechen in der Straflosigkeit (ab Seite 10).

Auch nach 25 Jahren bleibt der Schutz von Menschen, die sich für ihre und die Rechte anderer starkmachen, wichtig. Vielen Dank für Ihre Unterstützung, das Interesse an pbi und die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren!

Für die Rundbriefredaktion

**Holger Harms**

## Neue Zusammenarbeit

► **Das von pbi unterstützte Projekt NepalMonitor will seine erfolgreiche Arbeit in Zukunft weiter ausbauen.** So werden NepalMonitor und die nepalesische Partnerorganisation Collective Campaign for Peace (COCAP) ihr Bemühen in den Bereichen Advocacy, Training, Capacity Development sowie Schutzmechanismen verstärken. Die beiden Organisationen betreiben gemeinsam NepalMonitor, eine Online-Plattform, auf der Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Sicherheitsvorfälle gesammelt und auf einer Landkarte dargestellt werden. Um die vorhandenen Daten noch besser nutzen zu können, hat sich NepalMonitor zu einer Zusammenarbeit mit The Asia Foundation entschlossen.

Die Asia Foundation, eine internationale Entwicklungsorganisation, unterstützt in Asien unter anderem Projekte in den Bereichen Konflikttransformation, Frauenrechte und Sicherheit für Aktivist\_innen. Diese berät nun NepalMonitor und nutzt dabei ihre in Thailand, Indonesien und den Philippinen gewonnenen Erfahrungen. Im gemeinsamen Projekt werden Berichte über Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen aus Lokalzeitungen in einer Datenbank gesammelt und ausgewertet. Im nächsten Schritt soll diese Datenbank für Analysen der Entwicklungen von Gewalttaten und Konflikten verwendet werden. All dies wird die Sicherheit der Menschenrechtsaktivist\_innen erhöhen, die NepalMonitor nutzen.

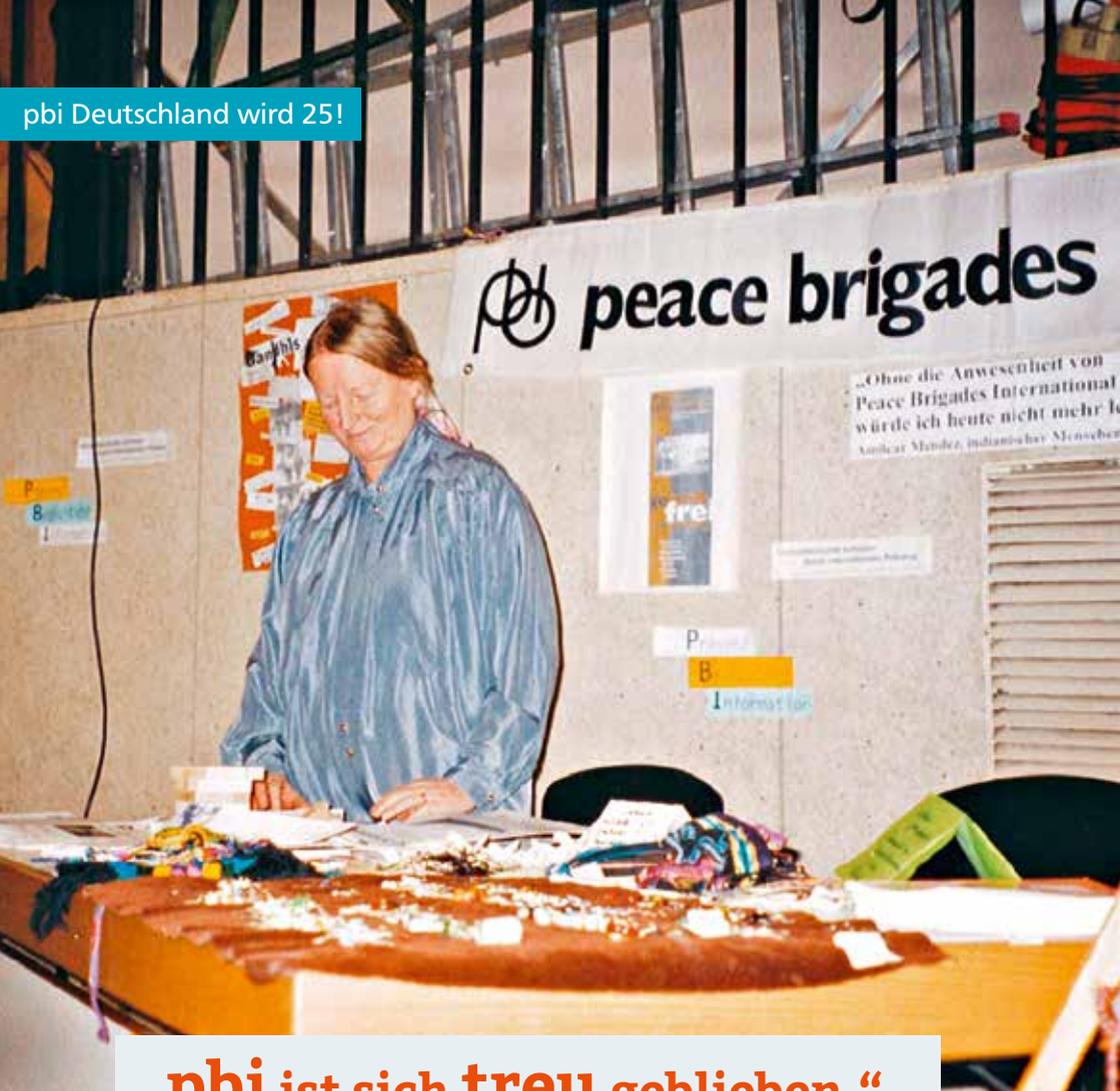
## Flucht und das Menschenrecht auf Asyl

► **Warum müssen Menschen aus ihren Heimatländern fliehen? Wie ergeht es ihnen auf ihrer Flucht? Und was können wir tun, damit ihre Menschenrechte geschützt werden und sie in Sicherheit leben können?**

Diesen Fragen widmet sich der neu entwickelte pbi-Workshop „Flucht und Menschenrecht auf Asyl“, der Schüler\_innen (ab der siebten Klasse) für die Menschenrechtssituation auch innerhalb Deutschlands sensibilisieren soll. Den Schüler\_innen wird durch verschiedene Gruppenspiele die Möglichkeit geboten herauszufinden, welche Rechte sie für sich und andere Menschen als unverzichtbar erachten. Darauf aufbauend wird das deutsche Asylsystem und die Frage, ob

dieses dem Menschenrecht auf Asyl gerecht wird, diskutiert.

In einem Rollenspiel erfahren die Schüler\_innen von realen Fluchterfahrungen: Welche Menschenrechte wurden in den Heimatländern der geflüchteten Personen verletzt? Welchen Gefahren mussten sie sich auf ihrer Fluchtroute aussetzen? Und wie haben sie ihre ersten Monate in deutschen Erstaufnahmeeinrichtungen erlebt? Im Mittelpunkt des Workshops steht allerdings ein eigens entwickeltes Brettspiel, in dem sich die Schüler\_innen durch das deutsche Asylsystem würfeln müssen. So bekommen sie einen Eindruck davon, wie frustrierend dieser Behördenmarathon für die Geflüchteten ist.



**„pbi ist sich treu geblieben.“**

Im Interview berichten zwei bei pbi Deutschland langjährig Aktive über die Geschichte der Arbeit in Deutschland – von den Anfängen und der Entwicklung bis heute: Heinke Wendt (Foto), friedenspolitisch engagiert seit den 80er Jahren und Astrid Hake, ehemalige Koordinatorin der Hamburger Geschäftsstelle.

► **pbi: Wie hat die Arbeit von pbi in Deutschland begonnen?**

► **Heinke:** Noch vor der offiziellen Gründung von pbi Deutschland haben sich verschiedene Arbeitsgemeinschaften mit Friedenthemen beschäftigt. Mit der Gründung von peace brigades international in Kanada 1981 und dem Beginn der Freiwilligenbegleitarbeit in El Salvador und Guatemala entstand im Laufe der 80er Jahre der erste pbi-Arbeitskreis in Deutschland in der Arbeitsgemeinschaft Frieden in Trier. Ludger Deckers, Christel Könemund und Werner Huffer waren die ersten deutschen Freiwilligen in Zentralamerika. Ab 1988 wurde in der Arbeitsgemeinschaft Frieden in Trier ein kleines Büro eingerichtet, um die Freiwilligen für die Projektländer und ihre Finanzierung zu koordinieren. Tatsächlich war es nur ein Schreibtisch, an dem ein Mitarbeiter – stundenweise bezahlt – mit der Suche nach Kurz- und Langzeitfreiwilligen für die Begleitarbeit in El Salvador und Guatemala beschäftigt war.

Ich persönlich habe durch einen Zeitungsartikel über die Begleitarbeit in Guatemala erfahren. Da ich persönliche Verbindungen zu dem Land habe und Spanisch beherrsche, habe ich mich beworben, ein Vorbereitungstraining absolviert und schließlich acht Wochen im Projekt gearbeitet. Das war 1988. Zurück in Deutschland habe ich mich weiter engagiert, etwa Vorträge in Schulen und Gemeinden gehalten, vor allem in Nordrheinwestfalen.

Zur Konsolidierung der intensiver werdenden Arbeit wurde 1991 schließlich der Verein peace brigades international – Deutscher Zweig e.V. gegründet.

Bis dahin gab es vor allem regionale eh-

renamtliche Gruppen, doch mit der Einrichtung der Geschäftsstelle in Hamburg wurde 1995 eine Koordinatorin in Halbzzeit angestellt. Die Arbeit im Büro wurde sehr durch das Engagement Freiwilliger aus nordamerikanischen Friedenskirchen, die jeweils für ein Jahr bei pbi Deutschland waren, sowie lokale Ehrenamtliche unterstützt.

„Friedenspolitische Bildungsarbeit in Deutschland“

► **Astrid:** Zu Beginn meiner Arbeit bestand pbi Deutschland aus drei hauptamtlichen Mitarbeiter\_innen in der Geschäftsstelle sowie den Freiwilligen in den Projektländern und Ehrenamtlichen. Mit Beginn der 2000er Jahre wurden die ersten Stellen für Rückkehrer\_innen geschaffen. Dahinter steht die Idee, diese in die friedenspolitische Bildungsarbeit in Deutschland einzubinden, indem sie über ihre Erfahrungen im Projektland und globale Themen berichten. Daraus entstand 2004 das Bildungsprojekt als eigener Arbeitsbereich. Zusammen mit Lehrer\_innen aus Hamburg wurden auch spezielle Unterrichtseinheiten konzipiert und an verschiedenen Schulen durchgeführt. In den folgenden Jahren wurden weitere Stellen geschaffen, wie die Koordination des Bildungsprojekts, Öffentlichkeitsarbeit, Freiwilligenbegleitstelle, Fundraising für die internationalen Projekte, Advocacy.

► **pbi: Was passierte und passiert auf internationaler Ebene?**

► **Astrid:** Seit Beginn wuchs pbi auch auf internationaler Ebene, so die Anzahl neuer Projekte in Kolumbien, Indonesien, Mexiko und Nepal, auf die die Erfahrungen der erfolgreichen Schutzbegleitung



Astrid Hake (Mitte) auf einer Delegationsreise in Kolumbien (2009)

übertragen wurden, als auch die Anzahl an Freiwilligen. Die klassische Begleitarbeit wurde in den vergangenen Jahren in Indonesien und Nepal beendet. Dafür wurde in Kenia ein neues Projekt begonnen. Als Konsequenz aus den veränderten Bedingungen in den asiatischen Ländern ist pbi in den vergangenen Jahren flexibler geworden, da die klassische Begleitarbeit nicht überall möglich ist.

► **Heinke:** Die Arbeitsweise von pbi wurde hierfür an die Voraussetzungen in den Ländern angepasst, zum Beispiel durch die Schulung in Sicherheitsfragen der Menschenrechtsverteidiger\_innen vor Ort.

### „Neue Formen des Schutzes entwickeln“

► **Astrid:** Vor allem in den vergangenen Jahren wurden verstärkt alternative Arbeitsformen gesucht und gefunden, wie zum Beispiel mit dem NepalMonitor, einer Onlineplattform zur Sammlung und Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen, und einem stärkeren Fo-

kus auf den Ausbau lokaler technischer Kapazitäten zur Sicherheitsanalyse, auch ohne eigenes Projekt vor Ort. Dahinter steht der Gedanke der Kooperation und Vernetzung sowie andere Formen des Schutzes zu erzeugen, unabhängig von der direkten Präsenz.

► **pbi: Wie hat sich das Verhältnis von pbi Deutschland zu den anderen Ländergruppen auf internationaler Ebene entwickelt?**

► **Astrid:** Die Anzahl der pbi Ländergruppen hielt und hält sich konstant, so gibt es auch einen stetigen Austausch auf europa- und weltweiten Versammlung. Auch im Austausch zwischen Hauptamtlichen pbi-Mitarbeiter\_innen und Ehrenamtlichen gibt es regelmäßige Treffen und internationale Arbeitsgruppen, wobei pbi Deutschland immer präsent ist. Bei dem engen Austausch geht es um gemeinsame Abstimmungen und Initiativen. Rückblickend hat sich pbi in 25 Jahren stark verändert, ist sich aber gleichzeitig treu geblieben bezüglich der Organisationskultur engagierter Menschen, der Art

und Weise des Umgangs, miteinander zu diskutieren – da haben wir unsere Identität nicht verloren.

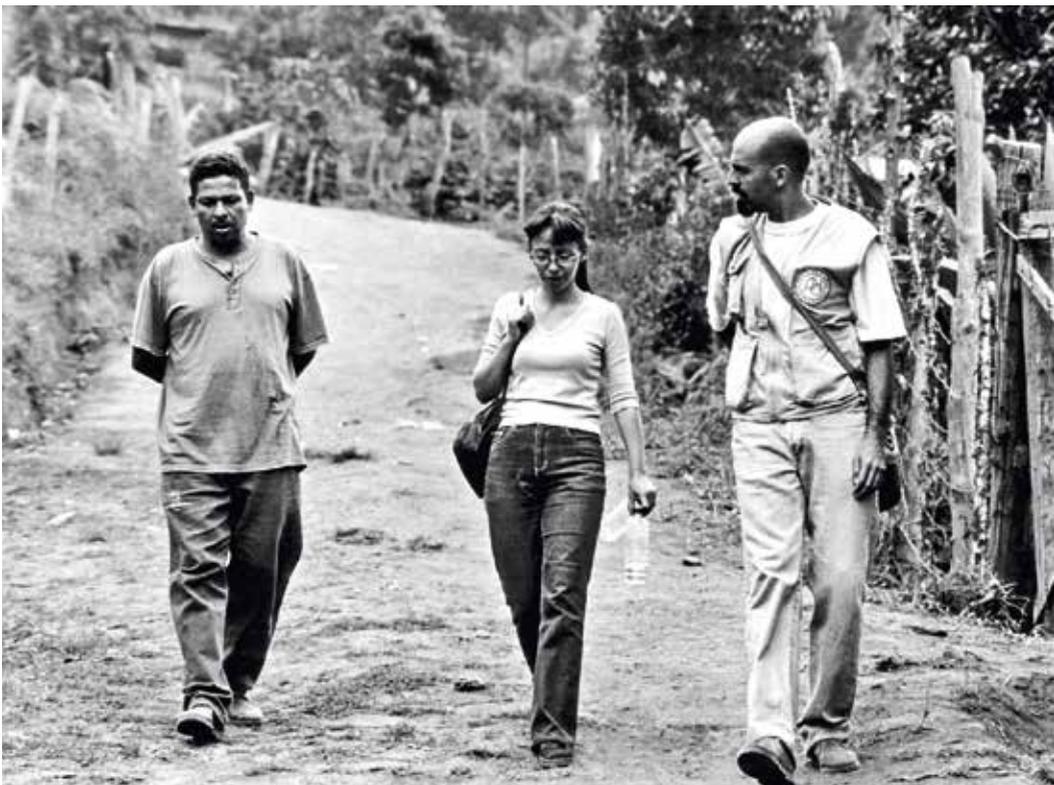
► **pbi: Was wünscht ihr euch für die Zukunft von pbi?**

► **Astrid:** Ich wünsche mir, dass pbi Deutschland durch Spenden unabhängiger wird, um weiterhin dieses Niveau halten zu können, etwa in der politischen Advocacyarbeit und im Bildungsprojekt. Ich finde den Weg gut, den pbi eingeschlagen hat, den habe ich ja auch jahrelang versucht mitzugestalten und zu fördern, und wünsche mir, dass pbi darum mehr öffentliche Anerkennung bekommt, sowohl in der fachlichen als auch

in der breiten Öffentlichkeit.

► **Heinke:** Auch ich wünsche mir, dass pbi bekannter wird. Denn die Leute, die von pbi hören, finden es alle toll, dass es so eine einfache und wirksame Methode ist, und dass sie für Menschenrechtler\_innen ganz ganz wichtig ist. Ich finde es großartig, dass sich viele in der Öffentlichkeitsarbeit und in Arbeitsgruppen engagieren, und wünsche mir doch, dass sich noch mehr Menschen ehrenamtlich einbringen.

Das Interview führte Alexander Weber



Schon seit 1994 begleitet pbi Menschenrechtsverteidiger\_innen in Kolumbien

## Regenbogen statt Staudamm

Honduras ist eines der gefährlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger\_innen, die für die Umwelt und Rechte sexueller Minderheiten eintreten. Der honduranische Kongress verabschiedete im Mai 2015 ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen, Journalist\_innen, Sprecher\_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Justizbeamt\_innen. Doch Menschenrechtsorganisationen kritisieren fehlende Schutzmaßnahmen und die anhaltende Straflosigkeit in Fällen von Menschenrechtsverletzungen. pbi ist seit Oktober 2013 aufgrund mehrerer Anfragen mit einem Freiwilligenteam zur Schutzbegleitung vor Ort.

Die gravierende Situation von Menschenrechtsverteidiger\_innen in Honduras erfuhr zuletzt internationale Beachtung durch die Ermordung von Berta Cáceres, Repräsentantin des Zivilen Rates der Basis- und indigenen Organisationen von Honduras (COPINH – Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras) am 3. März dieses Jahres.

COPINH macht in einer Erklärung zum Tod von Berta Cáceres die Betreiberfirma des Staudammprojekts Agua Zarca, Desarrollos Energéticos S.A. (DESA), und ihre internationalen Projektpartner und Geldgeber für den Mord verantwortlich.

Das Projekt verstößt gegen den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN und die Konvention 169 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) zum Schutz grundlegender Rechte der indigenen Bevölkerung. Der Staudamm würde den Wasserzugang der Lenca-Gemeinden beschneiden und das Recht verletzen, ihr Land zu bewirtschaften und nachhaltig zu nutzen. Zudem

wurden die betroffenen Gemeinden nicht über die Vorhaben informiert und vor Beginn der Arbeiten konsultiert. Aufgrund ihrer Kampagne gegen das Staudammprojekt sind die Mitglieder von COPINH sowie weitere Umwelt- und Menschenrechtsaktivist\_innen Drohungen und Verfolgung ausgesetzt. Etwa zwei Wochen nach der Ermordung von Berta Cáceres ist ein weiteres Mitglied von COPINH, Nelson García, erschossen worden.

Zwischen 2010 und 2015 sind mindestens 109 Aktivist\_innen im Einsatz für Landrechte oder zum Schutz natürlicher Ressourcen in Honduras ermordet worden. Viele Weitere leiden tagtäglich unter verbalen und tätlichen Angriffen sowie systematischer Verfolgung.

UN-Vertreter\_innen verurteilten dies und fordern von der honduranischen Regierung Maßnahmen zur Aufklärung der Morde und zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger\_innen. Zahlreiche NGOs, darunter pbi, haben einen offenen Brief an die EU-Außenbeauftragte Federica



Aktion gegen Hassverbrechen mit einer LGBTI-Aktivistin aus Honduras in Hamburg im Mai 2016

Mogherini und EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström verfasst. In diesem wird unter anderem gefordert, dass die honduranische Regierung auf diplomatischem Weg ersucht wird, eine unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes einzusetzen. Außerdem soll von der honduranischen Regierung die unverzügliche Rücknahme der Konzessionsvergabe an DESA für das Agua Zarca Projekt gefordert werden.

### LGBTI sind besonders bedroht

Von der allgegenwärtigen Gewalt sind insbesondere LGBTI-Communities (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans\*, Inter\*) betroffen: Drei von fünf aller hassmotivierten Verbrechen in Zentralamerika ereignen sich in Honduras, für den Zeitraum von 2009 bis Januar 2016 wurden 200 ermordete LGBTI verzeichnet, nur 33 Fälle wurden juristisch aufgearbeitet. Auch die seit Juli 2015 von pbi begleitete LGBTI-Vereinigung Arcoiris (Regenbogen), die sich für die Rechte sexu-

eller Minderheiten und der juristischen Aufarbeitung zahlreicher Morde an Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans\*-Menschen in Honduras einsetzt, ist permanenter Bedrohung und Aggression ausgesetzt. Die Organisation berichtet für den Zeitraum von Juli 2015 bis Januar 2016 von Dutzenden Angriffen gegen führende und aktive Mitglieder, fünf Aktivist\_innen wurden ermordet. Ende Mai wurden erneut zwei LGBTI in der Hauptstadt Tegucigalpa umgebracht. Auch der bekannte LGBTI-Aktivist und Menschenrechtsverteidiger René Martínez wurde entführt und am 3. Juni ermordet aufgefunden.

Angesichts der zunehmenden Bedrohungen fordert pbi die Umsetzung des Gesetzes zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen und zivilen Organisationen. Zudem wird das Team des pbi-Hondurasprojekts schneller als geplant auf sieben bis acht Freiwillige vergrößert.

Text: Nadine Rosenkranz



## Ein Schritt vor, zwei zurück

### Guatemalas Justiz zwischen Gerechtigkeit und Straflosigkeit

Seit Anfang des Jahres ist viel passiert in Guatemala: Ein neuer Präsident, Jimmy Morales, ist im Amt, immer wieder werden Neuigkeiten über die mittlerweile zahlreichen Korruptionsskandale in hohen Regierungskreisen bekannt. Vor allem aber war die erste Hälfte des Jahres geprägt von verschiedenen Gerichtsprozessen, in denen Militärs für Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurden. Gleichzeitig gehen Repression, Kriminalisierung und Straflosigkeit ungehindert weiter, wenn es um wirtschaftliche Interessen geht. Diese Ambivalenz der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala hat vor allem politische Gründe.

Das aktuell prominenteste Beispiel für die strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen ist das historische Urteil im Fall Sepur Zarco: Hier wurden Anfang des Jahres zwei hochrangige Militärs verurteilt.

Während des Bürgerkriegs wurden mehrere Männer der Maya-Q'eqchi-Gemeinde Sepur Zarco im Osten Guatemalas verschwunden gelassen, die sich gegen die Vertreibung von ihrem Land engagiert hatten. Wie viele Teile der indigenen Landbevölkerung während des langen Bürgerkriegs von 1960 bis 1996 waren sie beschuldigt worden, mit der Guerilla zu sympathisieren.

Nach dem Verschwinden ihrer Männer wurden die Frauen des Dorfes über sechs Jahre von den Soldaten des dortigen Militärstützpunktes wiederholt vergewaltigt und sexuell missbraucht. Darüber hinaus wurden sie von den Soldaten zum Kochen und Wäschewaschen gezwungen. 15 der betroffenen Frauen reichten 2011 Klage ein.

Zwei Ex-Militärs wurden nun wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Gewalttätigen Verschwindenlassens und mehrfachen Mordes verurteilt. Zum ersten Mal bestätigt damit ein nationales Gericht den Tatbestand der sexuellen Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie er im Internationalen Recht festgelegt ist. Dies ist ein großer Erfolg für die Anerkennung und Verfolgung sexualisierter Gewalt als Menschenrechtsverletzung und Kriegsverbrechen in Guatemala.

### [pbi begleitet die Menschenrechtsanwält\\_innen im Fall Creompaz](#)

Ein weiteres positives Beispiel ist der Fall Creompaz: Es handelt sich um einen Militärstützpunkt in Cobán, ebenfalls im Osten

Guatemalas, welcher als klandestines Gefängnis und Hinrichtungsstätte fungierte. Heute befindet sich dort das Comando Regional de Entrenamiento de Operaciones de Mantenimiento de Paz (Regionaltrainingskommando für Friedenssicherung, Creompaz). Hier wurden mehrere Massengräber geöffnet und die gefundenen Überreste forensisch untersucht.

Das von pbi begleitete Anwaltskollektiv Bufete Jurídico de Derechos Humanos reichte mit Hinterbliebenen und Überlebenden Klage gegen knapp 20 Ex-Militärs ein, von denen mittlerweile acht vor Gericht stehen.

Orlando Lopez, Zuständiger der Generalstaatsanwaltschaft, bestätigte, dass nach den vorliegenden Beweisen und den rund 350 Zeug\_innenaussagen klar ist, dass die Opfer zwischen 1981 und 1988 gezielt entführt und hingerichtet wurden. Die Mehrheit der nun Festgenommenen gehörte damals zur Führungsriege des Militärstützpunktes. Angeklagt sind die Militärs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Gewalttätigen Verschwindenlassens.

Einer der Angeklagten genießt derzeit parlamentarische Immunität: Er ist Abgeordneter der Regierungspartei Frente de Convergencia Nacional (FCN-Nación). Ein Antrag auf Aufhebung seiner Immunität wurde bislang abgelehnt.

Wie die meisten Gerichtsprozesse in Guatemala, insbesondere in Fällen, die mit der Aufarbeitung von Verbrechen während des Bürgerkriegs zu tun haben, wurde bereits die erste Anhörung begleitet von Diffamierungen und Drohungen gegen mehrere am Prozess Beteiligte.

Dennoch können sowohl das Urteil im Fall Sepur Zarco als auch der Prozessauftakt im Fall Creompaz als große historische Er-

folge im Kampf gegen die Straflosigkeit und für die Aufarbeitung der Verbrechen des 36-jährigen Bürgerkriegs in Guatemala gewertet werden.

### Guatemalas Justizsystem ist fragil

Allerdings können diese Fortschritte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das guatemaltekeische Justizsystem weiterhin wenig unabhängig und hoch politisiert bleibt.

Ein Beispiel hierfür ist die nachträgliche Aufhebung des Urteils gegen den Ex-Diktator Efraín Ríos Montt, der am 10. Mai 2013 wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für den Völkermord an der Gruppe der Ixil verurteilt worden war. Nur zehn Tage nach dem Urteilsspruch hob das guatemaltekeische Verfassungsgericht das Urteil wegen Verfahrensfehlern auf und ordnete an, den Prozess zu wiederholen. Derzeit wurde bereits zum dritten Mal der Prozess gegen ihn eröffnet – ob es diesmal zu einer Verurteilung kommt, ist ungewiss.

Vor allem aber missbrauchen die reaktionären Kräfte in Guatemala Mittel des Rechtsstaats zur Kriminalisierung sozialen Protests.

Insbesondere Menschenrechtsverteidiger\_innen, die sich für den Schutz natürlicher Ressourcen einsetzen, sind vielfach von strafrechtlicher Verfolgung betroffen. So begleitet pbi bereits seit 2012 die Gemeinden von La Puya, die sich friedlich gegen den Bau einer Goldmine einsetzen. Neben diversen Kriminalisierungsversuchen und falschen Anschuldigungen gegen mehrere Mitglieder der Protestbewegung wurde das Protestcamp schon mehrere Male gewaltsam geräumt. Mitglieder von La Puya wurden verletzt oder festgenommen. 2012 gab es einen Mordanschlag auf

eine Aktivistin von La Puya. Die Verantwortlichen wurden nie belangt. Gleichzeitig versuchen die Aktivist\_innen auf juristischem Wege, den Minenbau zu stoppen: Mittlerweile haben sie diverse Anzeigen gegen die guatemaltekeische Betreiberfirma und ihren US-amerikanischen Mutterkonzern eingereicht, unter anderem wegen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Jüngst gab der Oberste Gerichtshof Guatemalas einer Beschwerde von La Puya statt und verfügte zunächst die vorübergehende Einstellung der Minenaktivitäten. Allerdings hielt sich die Betreiberfirma nicht an die gerichtliche Anordnung, und auch die Polizei setzte die Verfügung zunächst nicht durch. La Puya suchte das Gespräch mit dem zuständigen Minister des Ministeriums für Energie und Minen (Ministerio de Energía y Minas, MEM). Mittlerweile ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft und es gab Hausdurchsuchungen bei Angestellten des Minenkonzerns.

Kurz vor Redaktionsschluss erklärte der Oberste Gerichtshof die Minenaktivitäten für illegal. Sie müssen nun komplett eingestellt werden, bis die betroffene Bevölkerung in einem Referendum ihre Zustimmung zu dem Projekt gibt. Ob die Abbauarbeiten tatsächlich dauerhaft eingestellt werden, bleibt abzuwarten.

Dieser Fall ist lediglich einer von vielen, in denen die Justiz, insbesondere wenn es um wirtschaftliche Interessen geht, nur sehr langsam arbeitet. Prozesse werden verschleppt und die offenkundig illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen nicht geahndet. Dies bestätigen auch Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel das Centro de Acción Legal Ambiental y Social de Guatemala (Umwelt- und Sozialzentrum für rechtliche Schritte



Angehörige der Verschwundengelasenen im Gerichtsprozess zum Fall Creompaz

Guatemala, CALAS), die den Fall La Puya juristisch begleiten.

### Die Situation bleibt kritisch

Ein Blick auf die Entwicklungen in Guatemala in den vergangenen Jahren zeigt, dass die Situation der Rechtsstaatlichkeit im besten Falle ambivalent ist: Werden auf der einen Seite Gerichtsprozesse gegen jene eingeleitet, die vor allem während des Bürgerkriegs Menschenrechtsverbrechen begangen haben, und aktuelle Korruptionsskandale bis in höchste Regierungskreise aufgedeckt und geahndet, setzt sich auf der anderen Seite Straflosigkeit insbesondere da fort, wo wirtschaftliche Interessen ins Spiel kommen und der friedliche Einsatz von Menschenrechtsverteidiger\_innen po-

litischen Interessen zuwiderläuft.

Im Einzelfall werden vermeintlich rechtsstaatliche Mittel gezielt von politischen Akteur\_innen instrumentalisiert, um Wirtschaftsprojekte gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung und unter Missachtung internationaler Standards beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes durchzusetzen.

So bleibt die Situation für Menschenrechtsverteidiger\_innen und zivilgesellschaftliche Organisationen insgesamt sehr angespannt: Sie können sich auf staatliche Institutionen und den Schutz vor Verfolgung und Angriffen immer noch nicht verlassen.

Text: Katharina Ochsendorf

## „Darum spenden wir für pbi!“



Foto: Alwin Ixfeld

Bruno Sonnen, Mitglied Katholikenrat

„Mit anderen pbi-ler\_innen eint mich die Überzeugung, dass die Menschenrechte universal zu gelten haben und dass diese Welt nur gewaltfrei eine gute Welt werden und sein kann. Seit Anfang der 80er Jahre unterstütze ich daher pbi und war zum Beispiel bei Treffen von Aktiven auf europäischer Ebene dabei. Während einige meiner Freunde zu jener Zeit in ein pbi-Projekt gingen, habe ich mich dazu entschieden, pbi und die Idee dahinter hier in Deutschland durch Öffentlichkeitsarbeit bekannter zu machen. Das habe ich eine Zeit lang getan. Bis heute spende ich regelmäßig für pbi. Das ist mein Beitrag, um die Idee der gewaltfreien Menschenrechtsarbeit, die Hoffnung macht und Menschen konkret schützt, zu unterstützen.“

### WELTLADEN, Hamburg-Rissen

Der WELTLADEN der Johannes-Kirche in Hamburg-Rissen engagiert sich sowohl lokal für partizipative Prozesse als auch für die Verbesserung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf globaler Ebene durch den Verkauf fair gehandelter Produkte. „In vielen kleinen Schritten engagieren wir uns gegen die Resignation, gegen das Gefühl, doch nichts ausrichten zu können, gegen die Ungerechtigkeiten im Verteilungskampf um die knapp gewordenen Ressourcen.“ Mit den Überschüssen aus den Ladenverkäufen unterstützt das Team des WELTLADENS neben anderen Projekten auch peace brigades international mit einer regelmäßigen Spende.

Dank Ihrer Spende ist es uns möglich, unsere Arbeit für Frieden und Menschenrechte fortzuführen und stetig zu verbessern. Spenden Sie einmalig oder regelmäßig, sammeln Sie bei einem Geburtstag oder bitten Sie Ihre Kirchengemeinde um eine Kollekte für pbi.



## Über pbi

► **peace brigades international (pbi)** ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig. pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mithilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide – Beschützte und Begleitende – durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

Wenn Sie mehr Informationen über pbi erhalten möchten, schicken Sie das ausgefüllte Formular an unsere Adresse oder schreiben Sie eine E-Mail an: [info@pbi-deutschland.de](mailto:info@pbi-deutschland.de)

## Impressum

► **peace brigades international –  
Deutscher Zweig e.V.**  
Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg  
Tel. 040 / 3890437 – 0

► [info@pbi-deutschland.de](mailto:info@pbi-deutschland.de)

► **Redaktion:** Nadine Rosenkranz, Alexander Weber, Katharina Ochsendorf, Holger Harms (V.i.S.d.P.)

► **Bilder:** pbi, Thomas Karsten, Alwin Ixfeld, Nelton Rivera/Prensa Comunitaria, Gabriele Goschke

► **Mit freundlicher Unterstützung  
des Zivilen Friedensdienstes**

zfd

## Kontaktformular

Ich möchte mehr Informationen und ...

- abonniere den halbjährlichen Rundbrief
- abonniere den Newsletter (E-Mail)
- möchte Informationsmaterial zu: \_\_\_\_\_

Vorname, Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Ich unterstütze pbi und ....

- spende einmalig \_\_\_\_\_
- spende monatlich 10€ | 25€ | 50€ | \_\_\_\_\_
- Bitte buchen Sie den oben genannten Betrag von meinem Konto:

IBAN/Kto-Nr: \_\_\_\_\_

BIC/BLZ: \_\_\_\_\_

Name des Geldinstituts: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Spendenkonto:**

GLS Bank

IBAN: DE14430609672020406000

BIC: GENODEM1GLS

Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar.

»Die Freiwilligen von pbi setzen sich weltweit für Aktivist\_innen ein, die gewaltfreien Widerstand gegen Ungerechtigkeit leisten und sich für Menschenrechte engagieren. Ich habe großen Respekt vor dieser gelebten Menschlichkeit, vor diesem ‚tätigen Mitgefühl‘ und gratuliere pbi Deutschland zum 25-jährigen Bestehen.«



Foto: Thomas Karsten

**Konstantin Wecker**  
Musiker, Schauspieler und Autor

[www.pbi-deutschland.de](http://www.pbi-deutschland.de)

**pbi**  
making space for peace